

ZivilCourage



Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



DFG-VK

Nr. 1/2012 | 38. Jahrgang | 2,30 €

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien
aktion atomwaffen abschaffen

Schulfrei

für die Bundeswehr



Schulfrei für die Bundeswehr!

Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer!

KEIN WERBEN
FÜR'S
STERBEN!



FRIEDENBÜNDNIS KARLSRUHE



www.friedensbündnis-karlsruhe.de

Titel

Schulfrei für die Bundeswehr

Lena Sachs beleuchtet die Hintergründe der Militarisierung des Bildungswesens 4

Klaus Pfisterer 7

Jugendoffiziere im Unterricht – am Beispiel Baden-Württemberg
Plakatwettbewerb zum Thema 7

Klaus Pfisterer 7

Jugendoffiziere in der LehrerInnenausbildung – am Beispiel Baden-Württemberg 8

Aktionswoche für zivile und friedliche Wissenschaften 9

Friedensstrategie

Stellungnahmen aus dem BundessprecherInnenkreis:

Keine militärische „Lösung“! – zur Lage in Syrien 10

„Bietet dem Iran Sicherheitsgarantien an!“ – zur Situation um den Iran 11

Anti-Atom

Marion Küpker 12

Die Plutonium-Gefahren „unserer“ AKW – Ein Jahr nach der Fukushima-Katastrohe

Joachim Schramm 14

„Friedenskultur.2012 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“

Transnationales

Nein zur Nato – Nein zum Krieg 15

Aufruf des Internationalen Koordinations-Komitees zu Aktionen anlässlich des Nato-Gipfeltreffens im Mai in Chicago

Personalien

Dank für Mut und Menschlichkeit – Rede von Ulli Thiel als Repräsentant der DFG-VK beim Empfang des Bremer Senats zum 90. Geburtstag des Wehrmacht-Deserteurs Ludwig Baumann 16

Ernst Busche zum 80. Geburtstag 17

Pazifismus

Thomas Rödl 18

„Wolf im Schafspelz“ oder geschickter Krisenmanager? Bemerkungen zu Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz

Impressum 17

Titelfoto: DFG-VK Karlsruhe

Freitag, 9. März 2012

Bundespräsident Christian Wulff vom Militär aus dem Amt geputscht



Berlin (dpo) - Militärputsch in Deutschland! Am Donnerstagabend gegen sieben Uhr sind Einheiten der Bundeswehr vor Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, aufmarschiert. Trotz heftiger, mit Vuvuzelas vorgetragener Proteste aus dem Volk setzten die Militärs den derzeitigen Amtsinhaber Christian Wulff (CDU) im Zuge eines unblutigen Militärstreichs ab.

„Schrecklich! Ich dachte, so etwas gibt es nur in Ländern wie Ägypten oder Myanmar“, berichtet Augenzeuge Ulrich D. vom ARD-Hauptstadtstudio dem Postillon. „Es waren hunderte dunkel gekleidete Soldaten. Sie waren mit Gewehren bewaffnet, die sie zu Beginn auch gleich präsentierten. Außerdem trugen sie Fackeln.“ Experten vermuten, dass die Putschisten planten, damit das Anwesen am Spreewald anzuzünden, falls sich das Staatsoberhaupt nicht freiwillig stellen würde.

Noch bevor ein derartiges Ultimatum verstrich, trat Christian Wulff mutig vor die Soldaten. Daraufhin überreichte eine Anführerin dem Präsidenten ein Dokument, das ihn über seine sofortige Entlassung unterrichtete. Inzwischen verfügbare Fernsehbilder zeigen, wie der von Soldaten umstellte Präsident anschließend von der militärischen Führung unter Fanfaren- und Trommelmusik wie eine Trophäe vorgeführt wurde.



Stellig sich mutig seinen Häschem. Wulff

Dies alles geschah unter den Augen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die dem Spektakel mit versteineter Miene beiwohnte. Wulff ist nach Horst Köhler bereits der zweite Präsident, der unter der gegenüber dem Militär offenbar machtlosen Madonnenkanzlerin aus dem Amt geputscht wurde.



Wulffs Frau im Moment des Absetzens

Auch Verteidigungsminister Thomas de Maizière wohnte der unheimlichen Zeremonie bei. Allerdings war nicht ersichtlich, ob er als eigentlicher Drahtzieher des Putsches fungierte oder ob er sich ebenfalls in der Hand der Militärs befindet. Die Tatsache, dass seine beiden Vorgänger ebenfalls aus dem Amt geputscht wurden, lässt eher auf letzteres schließen. Währenddessen protestierte das Volk vor den Toren von Schloss Bellevue lautstark mit Vuvuzelas und Trillerpfeifen gegen die Absetzung seines geliebten Präsidenten, der erst vor anderthalb Jahren über drei Ecken irgendwie quasi demokratisch gewählt worden

war. Nach Informationen des Postillon hat das Städtchen Großburgwedel, 20 km nordöstlich von Hannover, angeboten, Christian Wulff Exil zu gewähren. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat mittlerweile reagiert und für den 18. März ein Krisentreffen im Reichstagsgebäude einberufen, bei dem ein neuer Bundespräsident gewählt werden soll – sofern die Militärjunta dies zulässt. (1) Andreas Linke; (2) (3) Andreas Linke; Foto: ARD

... vielleicht die sinnvollste Art, sich mit widerlichen Staatsfunktionären und militärischem Brimborium zu beschäftigen ...
Veröffentlicht in „Der Postillon“, einem satirischen Internet-Blog, zu finden unter www.der-postillon.com

Neue Adresse

Redaktion **ZivilCourage**
Am Angelweiher 6, 77974 Meßenheim
Telefon 07824-664 6794 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de
 Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-8871014, schaedel@dfg-vk.de
 DFG-VK-Shop PAZIFIX, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, 0711-2319479, material@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/shop
 Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue
 DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern
 DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de
 DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de
 DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-8871014, mv@dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 03 42 99-76637, lvost@dfg-vk.de
 DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-45425
 DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

www.DFG-VK.de



Foto: Daniela Huser

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Syrien tobt ein Bürgerkrieg, und im bzw. gegen den Iran droht ein Krieg. Wie positioniert man/frau sich aus pazifistisch-antimilitaristischer Sicht dazu? Dass Krieg nicht sein darf, das ist aus unserer Sicht klar. Aber was die Ursachen der Konflikte sind, wer welche Interessen und Ziele hat, darüber können die Meinungen auseinandergehen. Umso wichtiger ist die Diskussion darüber. Zu beiden Konflikten gibt es Stellungnahmen aus dem DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, die in dieser Ausgabe veröffentlicht werden. Die Formulierung „aus dem BundessprecherInnenkreis“ deutet schon darauf hin, dass das Gremium als Ganzes keine einheitliche Position hat. Insofern spiegelt der Vorstand sicher auch die DFG-VK in ihrer Breite wider. Die Stellungnahmen sind deshalb auch als Einladung an die Mitgliedschaft zu verstehen, sich mit eigenen Diskussionsbeiträgen zu Wort zu melden – z.B. in Briefen an die **ZivilCourage**.

Zu Diskussionen dürften sicher auch die Bemerkungen von Thommy Rödl zu Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz führen, die sich unter dem Titel „Wolf im Schafspelz‘ oder geschickter Krisenmanager?“ im Heft finden. Auch diese sind als Einladung zur Diskussion zu verstehen.

Nehmt sie an!

Stefan Philipp

P.S. Neue Redaktionsadresse? Meißenheim? ... nie gehört! Ich bis im letzten Jahr auch nicht. Aber meine (neue) Partnerin stammt von dort, und weil die Redaktionsarbeit nicht ortsgebunden ist, lebe ich nun in der Provinz. Zurück in meinem Heimatland Baden-Württemberg, wenn auch als Schwabe nun im badischen Teil, direkt am Oberrhein, im Ortenaukreis in der Nähe von Offenburg und Lahr. DFG-VK-Gruppe Mittelbaden. Wer sich auf der baustellengeplagten A5 Richtung Basel quält und eine Kaffeepause machen will, ist herzlich eingeladen.



ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit
45 Cent
frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die **ZivilCourage** automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschnitten. Abonnieren.

Ich abonniere die **ZivilCourage** ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift X

Ich bezahle bequem per Bankinzug

Konto BIZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

X

Schulfrei für die Bundeswehr



Die Bundeswehr will ran an die Kinder und SchülerInnen: Legitimation schaffen und Nachwuchs werben. Auch deshalb wurden in den letzten Jahren in acht Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen Militär

und Kultusministerium abgeschlossen, die den Jugendoffizieren Zugang zu Schulen und der LehrerInnenausbildung verschafft. Gegen diese Militarisierung des Bildungswesens ist Aufklärung und Abwehr nötig und möglich.

Von Lena Sachs

Die Jugendoffiziere – für die Bundeswehr schlagen sie eine „Brücke zum Bürger“, als „Experten für Sicherheitspolitik“ ergänzen sie in Schulen die politische Bildung und auch in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften bringen sie sich gerne ein. Seit ihren Gründungsjahren ist die Bundeswehr bemüht, sich den Weg ins Bildungswesen zu bahnen, und bis heute hat sich die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien stetig intensiviert. KritikerInnen sehen in dieser Kooperation die Einhaltung der Richtlinien für die politische Bildung gefährdet und befürchten eine einseitige Beeinflussung der Heranwachsenden durch die Bundeswehr, welche die jüngere Generation auf Kriegskurs bringen wolle, und stellen sich einer Militarisierung des Bildungswesens mit Protest und unterschiedlichen Argumenten entgegen. Dieser Artikel soll Licht in die Hintergründe und die gegenwärtigen Entwicklungen dieser Zusammenarbeit bringen.

Zur weiteren Betrachtung ist es zunächst wichtig, zwischen den Jugendoffizieren und den Wehrdienstberatern zu differenzieren. Beide sind im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr angesiedelt, haben jedoch unterschiedliche Aufträge. Die Wehrdienstberater sind ausdrücklich zur Nachwuchsgewinnung im Einsatz. Auf Messen und anderen Werbeveranstaltungen, in Arbeitsämtern, aber auch auf Schulhöfen und in Klassenzimmern haben sie die Aufgabe, mögliche RekrutInnen für den freiwilligen Wehrdienst und/oder eine „Karriere“ bei der Bundeswehr zu gewinnen.

Jugendoffizieren hingegen ist das Werben für eine berufliche Laufbahn bei der Bundeswehr offiziell verboten. Sie werden als „Experten für die politische Bildung“ eingesetzt, um die Bevölkerung, insbesondere Jugendliche, über sicherheitspolitische Angelegenheiten zu informieren. Im Folgenden soll die Arbeit der Jugendoffiziere genauer in den Blick genommen werden.

■ „Mr. und Mrs. Bundeswehr“

Die Institution der „Jugendoffiziere“ wurde bereits 1958 ins Leben gerufen. Schon ein Jahr darauf fand die erste Konferenz zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien statt, um Möglichkeiten für eine zukünftige Zusammenarbeit zu erarbeiten. Die ersten, damals 17 Jugendoffiziere hatten den Auftrag, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des Nato-Beitritts und der damit verbundenen Wiederbewaffnung Deutschlands zu überzeugen. Zudem sollte deutlich gemacht werden, dass keine Armee in der Tradition der Wehrmacht entstehen würde. Aber auch die Deckung des Nachwuchsbedarfs gehörte zu den Zielen der ersten Jugendoffiziere, denn erst seit 1961 müssen sich diese an das Verbot von Nachwuchswerbung halten.

Die Jugendoffiziere, meist nicht älter als 32 Jahre, sind nicht nur fachliche Experten, sondern werden in ihrer Ausbildung auch zu Kommunikationsprofis

und im Wissen über ihre Zielgruppe geschult. Das persönliche Auftreten von „Mr. und Mrs. Bundeswehr“ ist nämlich ebenso von Bedeutung bei ihrer politischen Bildungsarbeit.

Heute sieht sich die Bundeswehr mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Akzeptanz der Bevölkerung für die weltweiten Auslandseinsätze lässt aus Sicht der Regierung zu wünschen übrig, und auch in den Kreiswehrratsämtern stehen die RekrutInnen nicht gerade Schlange. Das Aussetzen der Wehrpflicht und zahlreiche Standortschließungen setzen die Bundeswehr bei ihrem Werbefeldzug zusätzlich unter Druck. Zwar wird diese zahlenmäßig verkleinert, aber auch die kleine, effizient agierende Einsatztruppe ist am Hindukusch auf Rückhalt in der heimischen Bevölkerung angewiesen; denn schließlich seien es auch die Interessen der deutschen BürgerInnen, welche weitab von zuhause gegen diverse Bedrohungen verteidigt werden sollen. Die heute vorherrschenden oder vermeintlichen „Sicherheitsprobleme“ sind meist abstrakt und müssen zunächst als solche definiert und deutlich gemacht werden. Auch darum kann es sich die Bundeswehr kaum leisten, darauf zu verzichten, über den Weg der Schulen Einfluss auf die heranwachsende Generation zu nehmen. Auch wenn die Werbemaschinerie der Bundeswehr zum Zweck der Nachwuchsdeckung gerade auf Hochtouren läuft, verfolgen Jugendoffiziere, von Ausnahmen abgesehen, nur indirekt Werbezwecke. Es geht neben dem Vermitteln von sicherheitspolitischen Inhalten primär darum, die Heranwachsenden in Kontakt mit der Bundeswehr treten zu lassen, darum, durch das lockere Auftreten der Jugendoffiziere Vorurteile abzubauen; also ganz allgemein um Sympathiewerbung, Akzeptanzmanagement und Selbstlegitimation der Bundeswehr.

■ Aufgabe: Propaganda

Bundesweit sind heute 94 hauptamtliche Jugendoffiziere im Einsatz, welche bei ihrer Arbeit von nebenamtlichen Jugendoffizieren und zahlreichen Jugendunteroffizieren unterstützt werden. Bis heute wurde die bestehende Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien stetig ausgebaut und hat in ihrer aktuellen Entwicklung ein neues besorgniserregendes Ausmaß angenommen: In mittlerweile acht Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) wurden seit 2008 Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den entsprechenden Wehrbereichs-

kommandos der Bundeswehr abgeschlossen, um die bestehende Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Neben der verstärkten Einbindung der Jugendoffiziere in den schulischen Unterricht ist insbesondere auch ihre Einbeziehung in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften Ziel der Vereinbarung. Des Weiteren ist festgehalten, dass die Kultusministerien in ihren Medien auf die Bildungsangebote der Bundeswehr hinweisen werden.

Diese, durch die Vereinbarungen institutionalisierte Kooperation ist rechtlich nicht bindend; die Verantwortung, Jugendoffiziere in den Unterricht einzuladen, liegt bei den Lehrkräften und Schulleitungen. Die Vereinbarungen dienen jedoch als Türöffner in die Bildungsinstitutionen und legen durch einen gewissen Weisungscharakter eine Zusammenarbeit nahe. Außerdem lässt sich durch die Medien der Kultusministerien das Angebot der Jugendoffiziere breit unter die LehrerInnenstreuung streuen. Zwar ist diese Zusammenarbeit, wie es beispielsweise im baden-württembergischen Jahresbericht der Jugendoffiziere für das Schuljahr 2010/11 heißt, dort „noch nicht in der Breite bekannt“, aber es werden weder Kosten noch Mühen gescheut, schon die ReferendarInnen für sich zu gewinnen. Denn diese stellen als zukünftige Lehrkräfte eine Schlüsselzielgruppe für die Jugendoffiziere dar. „Aus diesen frühen Kontakten resultieren dauerhafte Verbindungen und Einladungen zu Schulbesuchen sowie Seminaren“, so eine Ausführung im Bericht der Jugendoffiziere von 2007.

Im Jahr 2010 wurden bei 7.350 Veranstaltungen der Jugendoffiziere 176.862 TeilnehmerInnen erreicht. Auch wenn die Bundeswehr verstärkt versucht, die Lehrkräfte in der Kontroverse auf ihre Seite zu bringen, machen seit jeher die Schulbesuche, also Unterrichtseinheiten in Schulklassen, den Großteil dieser Veranstaltungen aus. Die Jugendoffiziere wenden sich meist zu Beginn eines Schuljahres mit Anschreiben an die Schulen, in denen sie auf ihre Angebote hinweisen. Aber auch über einige Regierungspräsidien werden die Programme der Jugendoffiziere an die Schulen geleitet. Aus einer Palette zu sicherheitspolitischen Themen können die Lehrkräfte dann entsprechend Interesse und Lehrplan 90-minütige Unterrichtseinheiten via Bundeswehr bestellen – finanziert aus dem Etat des Verteidigungsministeriums. Der Großteil dieser Unterrichtseinheiten findet in der gymnasialen Oberstufe statt, aber auch in Real- und beruflichen Schulen. An Hauptschulen hingegen kommen verstärkt die Wehrdienstberater zum Zug.

Ein anderes, sehr beliebtes Angebot der Bundeswehr zur politischen Bildung ist das Planspiel „POL&IS“ (Politik und Internationale Sicherheit) in welchem sich 30 bis 50 TeilnehmerInnen mehrere Tage lang in führenden Positionen der Weltpolitik ausprobieren dürfen. Unter der Anleitung von Jugendoffizieren sollen hauptsächlich Jugendlichen ab der 10. Klasse, aber auch Studierenden und ReferendarInnen die internationalen wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und militärischen Zusammenhänge verdeutlicht werden. Das Spiel ist zwar nicht offen militaristisch, durch die Eingriffsmöglichkeiten der Jugendoffiziere wird jedoch ein Handlungskorridor abgesteckt, der bestimmte Maßnahmen nahelegt. „POL&IS“-Seminare gelten als das attraktivste Angebot der Jugendoffiziere und sind aufgrund der großen Nachfrage in ihren Kapazitäten ausgeschöpft. Auch die Durchführung von Kasernenbesuchen, bei denen eng mit den Wehrdienstberatern zusammengearbeitet wird, oder das Auftreten bei Diskussionsveranstaltungen gehört mit zum Aufgabenfeld der Jugendoffiziere.



Am ersten Märzwochenende fand in Mannheim die von der DFG-VK (Bundesverband und Landesverband Baden-Württemberg), der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, dem Bund für Soziale Verteidigung, attac, der Gesellschaft der Freunde (Quäker) Südwest und Ohne Rüstung Leben veranstaltete Aktionskonferenz „PAXX – Peace Action Trainings“ in Mannheim statt – Thema: „Schulfrei für die Bundeswehr.“

50 TeilnehmerInnen aus Friedens- und Jugendorganisationen, SchülerInnengruppen und Gewerkschaften beschäftigten sich in Workshops theoretisch und praktisch mit Möglichkeiten, der Militarisierung des Bildungswesens entgegenzuwirken – Straßentheater, Großpuppentheater, kreative Aktionsformen für eine militärfreie Schule, Videoarbeit und Flyergestaltung. Umgesetzt wurde dies am Bundeswehrstand auf der am selben Wochenende stattfindenden Weiterbildungsmesse „Jobs for future“ in Mannheim.

Die Fotos (Stefan Philipp) zur Illustrierung dieser Titelgeschichte sind bei der Konferenz in Mannheim entstanden.



Großpuppe „Schreibtischtäter“

Ein weiteres Instrument der Bundeswehr, Einfluss auf den Unterricht in Schulen zu nehmen, sind die von der scheinbar unabhängigen Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung e.V.“ und dem Verteidigungsministerium herausgegebenen Unterrichtsmaterialien mit dem Titel „Frieden und Sicherheit“. Eine Internetplattform stellt ein breites Angebot an kostenfreien attraktiv aufgearbeiteten Arbeitsblättern zu diversen sicherheitspolitischen Themen sowie ein Arbeitsheft für SchülerInnen mit Begleitheft für die Lehrkräfte bereit, welche die klassischen Schulbücher ergänzen sollen.

Diese, mit fachlicher Beratung und finanzieller Unterstützung des Verteidigungsministeriums erstellten Materialien scheinen auf den ersten Blick sehr um Kontroversität bemüht. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass einseitige Darstellungen bestimmter Themen, wie beispielsweise des Afghanistaneinsatzes oder der zivilmilitärischen Zusammenarbeit überwiegen. Den aufmerksamen LeserInnen sticht auch die permanente Friedensrhetorik ins Auge, welcher sich diese Materialien bedienen. Militärische Gewalt wird nicht verherrlicht, aber als mögliches und zuweilen notwendiges Instrument zur internationalen Konfliktlösung proklamiert. In ihrer Darstellung werden militärische Interventionen

(hierbei sind selbstverständlich friedenserzwingende und friedenserhaltende Maßnahmen gemeint) banalisiert, die Bundeswehr als internationale Hilfsorganisation dargestellt, und negative Folgen von Auslandseinsätzen für Zivilbevölkerungen und SoldatInnen bleiben unbenannt, während angebliche Erfolge beharrlich hervorgehoben werden.

■ Noch in den Kinderschuhen

Die Kooperation zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen ist, sowohl aus pädagogischer als auch politischer Sicht sehr bedenklich und aus pazifistisch-antimilitaristischer Sicht abzulehnen. Zwar ist die Bundeswehr bei ihrem Einfluss auf das Bildungswesen dazu verpflichtet sich an den so genannten Beutelsbacher Konsens zu halten, welcher die Grundsätze des Kontroversitätsgebotes und des Überwältigungsverbot für die politische Bildung festlegt, doch auch einige Kultusministerien haben mittlerweile erkannt, dass diese Richtlinien von der Bundeswehr nicht eingehalten werden können, und machen daher die Schulen in den Kooperationsvereinbarungen für die Gewährleistung kontroverser Darstellungen im Unterricht verantwortlich.

Um trotz der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen eine ausgewogene politische Bildung zu ermöglichen gibt es mancherorts Bestrebungen, auch Friedensorganisationen verstärkt in den Schulunterricht einzubinden. So wird beispielsweise in der überarbeiteten Fassung der saarländischen Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr betont, dass neben den Jugendoffizieren auch VertreterInnen aus der Friedensbewegung sowie auch anderer Organisationen in den Unterricht geladen werden sollen. In Rheinland-Pfalz wurde 2011 zusätzlich eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und dem „Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz“ unterzeichnet, um so eine stärkere Einbindung von Friedensorganisationen in die Schulen zu ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen hat das Ministeri-

um für Schule und Weiterbildung 2011 einen Erlass verabschiedet, der ebenfalls den Einbezug von Friedensgruppen in den Schulunterricht fördern soll.

Zahlreiche Initiativen, wie beispielsweise das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ oder „Schulfrei für die Bundeswehr“ aus Rheinland-Pfalz lehnen eine derartige Lösung jedoch entschieden ab.

Das Thema wird also auch innerhalb der Friedensbewegung kontrovers diskutiert. Während die einen eine Aufkündigung der Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr und die Einstellung jeglicher Zusammenarbeit fordern, hegen andere Bestrebungen, sich selbst stärker in die schulische Bildung einzubringen, um der Bundeswehr und ihrer Propaganda entgegen zu treten.

Aber welche finanziellen und strukturellen Möglichkeiten haben Friedensorganisationen, um dem Etat und den hauptamtlichen Jugendoffizieren der Bundeswehr Paroli zu bieten? Inwieweit werden die Kooperationsvereinbarungen der Bundeswehr durch ebensolche mit Friedensorganisationen legitimiert? Und sollte man sich so auf den „Kampf um die Köpfe“ der von allen Seiten heftig umworbenen Heranwachsenden einlassen?

Der gesellschaftliche Diskurs über „Bundeswehr in Bildungseinrichtungen“ und insbesondere auch darüber, wie eine schulische Bildung mit dem „Lernziel Frieden“ beschaffen sein sollte, befindet sich noch in den Kinderschuhen und muss mit Sorgfalt und Energie vorangetrieben werden. Dabei gilt es, die damit verbundenen Bedenken weiterhin in die Öffentlichkeit zu tragen und auf die bestehenden Missstände aufmerksam zu machen. Aufkündigungen der unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen wären ein wichtiger, jedoch nur ein erster Schritt dahingehend, einer zu Recht befürchteten Militarisierung des Bildungssystems entgegen zu wirken. Es muss aber auch darüber hinaus nach Möglichkeiten gesucht werden, wie sich Schule dem Einflussbereich des Militärischen entziehen kann, sowie nach Antworten auf die Frage, welcher Beitrag in Schulen möglich ist, nicht bloß befriedete, sondern von Grund auf herrschaftsfreie Gesellschaften zu verwirklichen.

Lena Sachs ist Erziehungswissenschaftlerin. In diesen Tagen erscheint ihr Buch „Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen. Eine kritische Analyse“ im Centaurus-Verlag Freiburg. Sie arbeitet in der baden-württembergischen Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ mit.

Jugendoffiziere im Unterricht

– am Beispiel Baden-Württemberg

Von Klaus Pfisterer

Der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr vom 4. Dezember 2009 ist der vorläufig letzte Akt einer langen Reihe von Vereinbarungen, die das Land mit der Bundeswehr geschlossen hat. Baden-Württemberg gilt in dieser Hinsicht als Vorreiter in Sachen „Jugendoffiziere im Unterricht“.

Jugendoffiziere der Bundeswehr gibt es seit 1958, als unter dem damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr Adolf Heusinger die Institution des Jugendoffiziers geschaffen wurde. Am 19. November 1970 forderte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer: „Es muss beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik. ... stehen die Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen“.

Auf der Grundlage des Brandt-Briefes erließ der damalige Kultusminister von Baden-Württemberg Dr. Hahn am 18. August 1971 die Anordnung „der Berücksichtigung der Landesverteidigung im Unterricht“. Den Kerninhalt formulierte das Kultusministerium so: „... ist es wichtig, die Schüler über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung zu informieren und die Aufgaben, die der Bundeswehr hierbei zukommen, sachlich und ohne Werbung aufzuzeigen. Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, dass sie von den Schülern als notwendig anerkannt werden können.“

Als die Friedensbewegung 1980/1981 erstarkte, sollten sich die Kultusminister der Bundesländer auf eine gemeinsame Empfehlung bei der Darstellung der Sicherheitspolitik im Unterricht einigen. Dies gelang bis zum März 1983 in mehreren Sitzungen nicht, und so gab es schließlich zwei Empfehlungen: Eine für die SPD-regierten und eine für die unionsgeführten Bundesländer. Die SPD zeigte sich im Gegensatz zur Union offener für die Diskussion zur Kritik und Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik.

■ Verbot für KDV-Organisationen

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den Nato-Nachrüstungsbeschluss im Sommer 1983 erließ der damalige Kulturminister Mayer-Vorfelder (CDU) am 22. Juli 1983 die Verwaltungsvorschrift „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“. In einem Zusatz-erlass verbot er einzelnen Kriegsdienstverweigerern und Vertretern von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen, im Unterricht als Fachleute aus der Praxis aufzutreten. Dieser Zusatz-erlass richtete sich vornehmlich gegen die DFG-VK, traf aber letztlich alle Friedensorganisationen, deren Vertreter in den Jahren bis



1983 zu mehreren hundert Veranstaltungen mit und ohne Jugendoffizier in die Schulen eingeladen wurden. Es kam während der gesamten Zeit zu keinerlei Beanstandungen seitens der verantwortlichen LehrerInnen oder der Schulleitungen.

Stattdessen wurden häufig die Kompetenz und die Sachlichkeit der DFG-VK-Fachleute gelobt. Dies war Mayer-Vorfelder

Plakatwettbewerb

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Dazu planen wir Aktionen, stellen Hintergrundmaterial zur Verfügung und unterstützen mit weiteren Materialien SchülerInnen, LehrerInnen, ReferendarInnen, Eltern und Friedensgruppen, die sich gegen den Einsatz von Jugendoffizieren an ihrer Schule wehren wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und der Bundeswehr in Baden-Württemberg zurückgenommen wird und dafür, auf längere Sicht die Bundeswehr als Akteur der politischen Bildung, aus dem Schulunterricht zu drängen. Denn nur so kann aus unserer Sicht eine unabhängige, kontroverse und kritische politische Bildung stattfinden.

Schulen, Hochschulen und andere öffentlich finanzierte Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind dem Wohl der Gesellschaft und zum Frieden verpflichtet. Militär- und Rüstungsinteressen dürfen keinen Einfluss auf Bildungs- und Forschungsinhalte haben.

In der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ engagieren sich mehr als

ein Dutzend Organisationen der Friedensbewegung und Gewerkschaften. Sie wird im Schuljahr 2011/12 unterstützt von der Bewegungsstiftung.

Vor diesem Hintergrund wird der nachfolgende Plakatwettbewerb ausgeschrieben:

Gesucht werden Entwürfe, die die Themen militär- und rüstungsfreie Bildung und Stärkung der Friedenserziehung in Form eines hochformatigen DIN A1-Plakats graphisch umsetzen. Die künstlerischen Stilmittel, vom Piktogramm bis zur Bildgeschichte, sind den Teilnehmenden überlassen.

Die Webseitenadresse der Kampagne www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de ist in die Gestaltung einzubeziehen. Autorenangaben bitte klein als Impressum.

Die Teilnahme am Wettbewerb ist an keine besonderen Voraussetzungen geknüpft. Gemeinschaftsentwürfe sind zugelassen.

Einzureichen sind druckfähige, ein- oder mehrfarbige Entwürfe auf Papier (maximal 594 x 841 mm) oder PDFs (geeignet für das Endformat 594 x 841 mm) per CD oder eMail an: Schulfrei für die Bundeswehr, c/o DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, ba-wue@dfg-vk.de





der ein Dorn im Auge und musste geändert werden. Von jetzt an hatten die Jugendoffiziere der Bundeswehr die Informations- und Meinungshoheit in den Schulen. Lediglich den kirchlichen Beauftragten für Kriegsdienstverweigerung war es nach einer kurzen Verbotsdauer schnell wieder erlaubt, im Religionsunterricht über das Thema Kriegsdienstverweigerung zu informieren.

Die NachfolgerInnen von Mayer-Vorfelder änderten diese Praxis nicht. Die Verwaltungsvorschrift lief zwar 1993 aus, das Kriegsdienstverweigerer-Verbot bestand weiter, und zivile Friedensfachleute durften nicht in den Unterricht eingeladen werden. Erst nach jahrelangen Bemühungen gelang es der DFG-VK Baden-Württemberg, dieses „Unrecht“ rückgängig zu machen. Der damalige GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem vermittelte eine Lösung zwischen dem Kultusministerium und der DFG-VK. Seit dem 14. Dezember 2004 dürfen VertreterInnen von Friedensorganisationen wieder als Fachleute aus der Praxis in den Unterricht eingeladen werden.

Die entsprechende Verwaltungsvorschrift „Mitwirkung von Fachleuten aus



der Praxis im Unterricht“ vom 14.12.2004 lautet: „Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule macht es erforderlich, dass der Unterricht in lebendigen Kontakt mit der Wirklichkeit steht. Dazu trägt bei, wenn bei geeigneten Anlässen Fachleute aus der Praxis in den Unterricht einbezogen werden. Bei der Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern der im Bundestrag und im Landtag vertretenen Parteien dürfen die Schulen keine einseitige Auswahl vornehmen. Von der Mitwirkung von Abgeordneten und anderen Personen des politischen Lebens im Rahmen des Unterrichts an den Schulen ist in den letzten acht Wochen vor Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Bundestagswahlen sowie Wahlen zum Europaparlament abzusehen.“



Damit wäre eigentlich alles geklärt. Aber es kam anders. Baden-Württemberg schloss eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr. Dieses Mal allerdings erst als drittes Bundesland. Die Initiative für die Vereinbarung ging vom damaligen Bundesminister der Verteidigung Jung, CDU, aus. Er schrieb am 16.



Juni 2009 einen Brief an Ministerpräsident Oettinger, CDU, der ihn an Kultusminister Rau, CDU, weiterleitete. Aus dem Inhalt des Briefes, der erst im April 2011 veröffentlicht wurde, geht hervor, dass Jung die Ministerpräsidenten aufforderte, „eine individuell auf ihr Bundesland ausgerichtete Kooperationsvereinbarung zu entwickeln“. Dem kam das Bundesland gerne nach.

Die landesweite baden-württembergische Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ fordert von der grün-roten Landesregierung die Kündigung dieser Kooperationsvereinbarung. Unterstützt wird die Forderung von mehreren Gewerkschaften (GEW, ver.di, DGB Nordwürttemberg), dem Konvent der Friedensbeauftragten und Beistände für KDV der evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden, terre des hommes und dem USA der pädagogischen Hochschulen Freiburg und Schwäbisch Gmünd sowie vielen Einzelpersonen.

Klaus Pfisterer ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg und seit Jahrzehnten mit dem Thema beschäftigt.



Jugendoffiziere in der LehrerInnenausbildung

– am Beispiel Baden-Württemberg

Von Klaus Pfisterer

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr sind in Baden-Württemberg zunehmend an den staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung tätig. Dies geht zum einen aus der

Antwort des Kultusministeriums vom 22. März 2011 auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Christoph Bayer (SPD) hervor und zum anderen aus dem Jahresbericht 2010/2011 der Jugendoffiziere

aus Baden-Württemberg vom 31. Juli 2011.

Aus der Antwort des Kultusministeriums ergibt sich, dass an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbil-



derung (SSDL) in Kooperation mit den Jugendoffizieren folgende Veranstaltungen durchgeführt wurden:

Kalenderjahr	2007	2008	2009	2010
SSDL Berufssch.	4	5	8	4
SSDL GHWRS*	2	2	1	3
SSDL Gymnasien	5	2	4	3
SSDL Realschulen	2	4	4	4
Summe	13	13	17	14

*GHWRS = Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule

Zahl der teilgenommen LehramtsanwärterInnen:

Kalenderjahr	2007	2008	2009	2010
SSDL	146	71	256	47
SSDL GHWRS	27	33	41	79
SSDL Gymnasien	100	38	217	54
SSDL Realschulen	64	108	108	116
Summe	337	250	622	296

Es gab in den Jahren 2007 bis 2010 insgesamt 57 Fortbildungsveranstaltungen, bei denen 1.505 Personen erreicht wurden.

Aus der Einzelaufstellung der Veranstaltungen geht hervor, dass mehr als die Hälfte (36 Veranstaltungen) Pflichtveranstaltungen waren. Dabei handelte es sich um „POL&IS“-Seminare, Didaktikveranstaltungen, Expertengespräche, Studienfahrten, Besuche in Kasernen, „Sicherheitspolitische Tage“ und Vorstellung des didaktischen Angebots der Bundeswehr, die sich auf alle Schularten bezogen

Im Jahr 2010 waren die Jugendoffiziere an 9 Seminaren tätig. (Berufsschulen: Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart; Grund-Haupt-Werkrealschulen: Lörrach, Schwäbisch Gmünd; Realschulen: Schwäbisch Gmünd, Freiburg; Gymnasien: Karlsruhe, Stuttgart)

Es wurde auch nachgefragt, wie viele Fortbildungen mit Friedensorganisationen im gleichen Zeitraum durchgeführt wurden. Antwort: 1! Das Friedensinstitut Tübingen konnte im Jahr 2010 einmalig sein didaktischen Angebot darstellen. Inhaltliche Themen fanden keinen Eingang



in die Ausbildung der LehramtsanwärterInnen.

Aus dem Bericht der Jugendoffiziere aus Baden-Württemberg geht hervor, dass die insgesamt 11 Jugendoffiziere mit den vier Regierungspräsidien sehr eng zusammenarbeiten. Im Betreuungsbezirk Baden soll die Zusammenarbeit mit den staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung von vier auf sechs erhöht werden.

Auch unter der grün-roten Landesregierung gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kultusministerium und den Jugendoffizieren, die in dem Bericht als durchweg gut bezeichnet wird. Die Jugendoffiziere sehen sich in ihrer Arbeit gewürdigt, auch die Resonanz bei den Referendaren sei zum größten Teil positiv, und sie hoffen auf einen Ausbau der Kooperation mit den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung.

Lehramtsanwärter stehen während ihrer Ausbildung in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zur Seminarleitung. Sie haben die geringsten Möglichkeiten, sich gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr zur Wehr zu setzen. Nur die Mutigsten werden sich gegen den schleichenden Einfluss der Militärs zur Wehr setzen, denn immer noch entscheiden die Noten über Einstellung oder Arbeitslosigkeit. Die Referendarszeit soll die angehenden LehrerInnen auf ihren Beruf vorbereiten. Pädagogik und Didaktik stehen dabei im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Ausbildungsteile der Bundeswehr haben hier nichts zu suchen.

Das Ganze kann nur einen Grund haben: Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung bzw. des Verteidigungsministeriums sollen den angehenden PädagogInnen nahegebracht werden, um sie als MultiplikatorInnen für künftige Einladungen in die Schulen zu gewinnen. Das ist nicht die Aufgabe der Ausbildung. Daher muss die Kooperationsvereinbarung gekündigt und die Arbeit der Jugendoffiziere in den Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung beendet werden.

Aktionswoche für zivile und friedliche Wissenschaften 1.-8. Mai

Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen

Wir, die Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“, rufen Studierende, Lehrende, HochschulmitarbeiterInnen und gesellschaftliche Kräfte auf, sich an der Aktionswoche für zivile und friedliche Wissenschaften vom 1. bis 8. Mai zu beteiligen und Aktivitäten vor Ort zu initiieren. Mit dem Tag der Arbeit und dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus stellen wir uns in die Tradition des weltweiten Engagements für die humane und zivile Entwicklung der Gesellschaft.

Gerade in globalen Krisenzeiten: Die Hochschulen stehen in der Verantwortung, zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme beizutragen. Die Ergründung der Ursachen von Kriegen sowie der Bedingungen von Frieden, die Überwindung weltweiter sozialer Ungleichheit und ökologischer Zerstörung, zivile Konfliktbearbeitung und Völkerverständigung, internationale Abrüstung sowie die Konversion von Kriegs- in Friedensproduktion sind dringende Aufgaben, auch für die Wissenschaft. Diese muss für eine nachhaltige und humane Entwicklung und menschenwürdige Gestaltung der Lebensbedingungen weltweit eintreten. Die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern gerade aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs verdrängt die intellektuellen Bemühungen einer wissenschaftlichen Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit.

Bundesweit stößt die Indienstrafe von Forschung und Lehre für den Krieg zunehmend auf das Engagement von Hochschulaktiven für eine Wissenschaft, die zu einer zivilen, sozialen, demokratischen und nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft beiträgt. Am KIT in Karlsruhe, an der Uni Köln, der FU Berlin und der Uni Frankfurt haben sich bei Urabstimmungen deutliche Mehrheiten der Studierenden für eine strikt zivile und friedensschaffende Orientierung der Wissenschaft (Zivilklausel) ausgesprochen; mehrere Hochschulen haben Zivilklauseln. Die Universität Bremen hat ihre Zivilklausel gerade gegen den Druck eines Rüstungsunternehmens bekräftigt.

Wir rufen bundesweit zu vielfältigen Aktionen zwischen dem 1. Mai und den 8. Mai auf, zu öffentlichen Veranstaltungen, Seminaren, Aufklärungs- und Protestaktionen, Pressekonferenzen und Diskussionen mit Politik und Universität über die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft. Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen können alle kooperativ für eine humane und zivile Gestaltung der Welt lernen, forschen und arbeiten.

Kontakt:
Hochschulen für den Frieden – Nein zur Kriegsforschung! Ja zur Zivilklausel; c/o NatWiss, Naturwissenschaftler-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit; Schützenstrasse 6a; 10117 Berlin; www.natwiss.de; Telefon: 030-31996686
AStA der TU Braunschweig; Katharinenstraße 1; 38106 Braunschweig; www.asta.tu-bs.de; 0531-3914555

Die Initiative Hochschule für den Frieden ist ein Bündnis von Studierendenschaften, studentischen Initiativen, Gewerkschaften sowie Friedens- und Wissenschaftsorganisationen. Weitere Infos unter: www.zivilklausel.org

Keine militärische „Lösung“!

Stellungnahme aus dem BundessprecherInnenkreis zur Lage in Syrien

Von Jürgen Grässlin, Bernd Baier, Wolfgang Menzel und Thomas Carl Schwoerer

Fast ein Jahr nach Beginn des Aufstandes gegen die Assad-Dynastie haben Waffen die Worte ersetzt: Statt mit Schlagstöcken arbeitet die Regierung nun mit Raketenwerfern und Granaten, die Opposition organisiert neben Demonstrationen gezielte Anschläge. Die Lage nähert sich immer schneller einem Bürgerkrieg. Wir warnen davor und vor einer militärischen Intervention von außen und wir sind zutiefst besorgt über die immer größere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande. Über 7.000 Syrer sind seit März 2011 getötet worden, über Zehntausend wurden festgenommen.

Baschar al Assad hat die schlimmsten Formen der Folter abgeschafft, ohne die systematischen Menschenrechtsverletzungen aufzuhalten, und kämpft seit seinem Antritt gegen die veralteten Strukturen seines Landes. Er hat sich aber nicht durchgesetzt. Seine letzte Chance besteht darin, das Land durch Wahlen zu reformieren. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob er bereit ist, über einen Machtverzicht zu verhandeln oder auch nur ernsthafte Zugeständnisse zu machen. Wir fordern einen Runden Tisch aller Oppositionsgruppen und der Regierung und dass Konflikte unter Wahrung der Menschenrechte ausgetragen werden.

Eine militärische Intervention würde die Lage hingegen noch schlimmer machen. Sie könnte Assad und die bewaffnete Opposition zu verstärktem Töten von Menschen veranlassen. Sie würde den Konflikt nicht schnell beenden, schon weil die Opposition gespalten ist und die syrischen Streitkräfte zu stark sind. Zudem ist Syrien ein Pulverfass in einer instabilen Region, die mit Europa direkt benachbart ist. Ein Bürgerkrieg könnte auf andere Länder überspringen. Die Bedingungen für eine erfolgreiche Transformation zu einer demokratischen Gesellschaft würden sich verschlechtern. Eine Eskalation mit Beteiligung der Nato könnte zu einer offenen Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten führen. Die Militarisierung des Konflikts darf nicht durch Waffenexporte weiter gefördert werden.

Eine Flugverbotszone wäre keine Lösung, weil die syrische Luftwaffe nicht geflogen ist. „Korridore für humanitäre Hilfe“ nahe den Grenzen sind ebenfalls keine Lösung: Sie könnten Zivilisten

schützen, aber sie müssten bald verteidigt werden gegen Regierungstruppen. Da die oppositionelle Freie Syrische Armee den Regierungstruppen deutlich unterlegen ist, würden solche Korridore eine militärische Intervention nach sich ziehen, mit den genannten Gefahren.

■ Die Opposition

Nach allem, was wir wissen, dominiert die Muslimbruderschaft im Syrischen Nationalrat. Entsprechend bleiben säkulare und linksgerichtete Gruppen sowie Kurden diesem fern. Sein Rivale ist der Syrische Nationale Koordinierungsausschuss, der Militäroperationen ablehnt und stattdessen Reformen fordert, um eine Demokratisierung einzuleiten.

Der Nationalrat spricht sich gegen Verhandlungen mit der Regierung aus und hat gefordert, dass die Opposition auf den Einsatz von Gewalt verzichtet. Er hat sich allerdings verbündet mit der Freien Syrischen Armee, die aus bewaffneten Überläufern aus den Regierungstruppen besteht. Die Opposition ist gespalten zwischen Anhängern des bewaffneten und des gewaltfreien Widerstands.

Wir sind Anhänger gewaltloser demokratischer Aufbrüche wie in Tunesien und Ägypten. Auch ein Teil der syrischen Oppositionellen hält an Pazifismus und zivilem Ungehorsam fest als erfolgreichstes Mittel, das nach dem Fall des Regimes noch nützlich sein kann. Diese Oppositionellen arbeiten mit Graffiti gegen das Regime, Pamphleten, Revolutionsliedern und -gedichten und verstecken Lautsprecher an öffentlichen Plätzen, um dort regimekritische Lieder zu übertragen. Wir sind dafür, diesem Teil der syrischen Opposition mit Satellitentelefonen, Laptops, Stromgeneratoren, Digitalkameras und Medizin zu helfen, international sichtbar zu werden und sich besser zu vernetzen. Nichtregierungsorganisationen zur zivilen Konfliktbearbeitung leisten dazu wichtige Beiträge. Wir fordern die Aufnahme und den Abschiebestopp von Deserteuren und anderen Flüchtlingen in Deutschland.

Wirtschaftssanktionen treffen den Privatsektor und die Mittelklasse und schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Hingegen begrüßen wir zielgerichtete Kontensperrungen gegen

die führenden Mitglieder der Regierung, um diese an den Verhandlungstisch zu bringen.

■ Das Ausland

Iran unterstützt die Assad-Regierung mit Waffen, und die Türkei die Freie Syrische Armee als bewaffneten Teil der Opposition. Letztere erhält Verstärkung durch Söldner aus dem Irak. Al Kaida verübt Terroranschläge. Die USA versuchen, die gegenwärtige Situation auszunutzen und einen Mittleren Osten zu schaffen, in dem sie keine Gegner mehr haben wie z.B. Assad. Sie versuchen, das Ergebnis des Irakkriegs zu korrigieren. Denn der Krieg hat Iran und Syrien gestärkt.

Wir fordern die Bundeskanzlerin und die Nato auf, den heimlichen Transfer westlicher Waffen nach Syrien umgehend zu unterbinden und die Verständigung mit allen Beteiligten zu suchen, darunter mit Russland.

Russland liefert Waffen an die Assad-Regierung; das syrische Tartus ist die einzige russische Marinebasis am Mittelmeer. Wir fordern die russische Regierung auf, umgehend einen konsequent friedensorientierten Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat einzubringen, der die weitere Bewaffnung sowohl der Assad-Regierung als auch der syrischen Opposition ablehnt.

Die Arabische Liga hat ihre Beobachtermission zuletzt abgebrochen wegen der schwerwiegenden Verschlechterung der Situation und der fortgesetzten Gewalt. Die Assad-Regierung habe sich offensichtlich für die militärische Option entschieden. Es gibt aber keine Alternative zur Deeskalation: Eine Fortsetzung und bessere Ausstattung einer Beobachtermission ist wichtig, denn internationale Beobachter können Schlimmeres verhindern.

Die Arabische Liga hatte zuvor „die fortgesetzte Tötung von Zivilisten“ verurteilt und den syrischen Staat aufgefordert, die Zivilbevölkerung zu schützen, Panzer und alle militärischen Fahrzeuge von den Straßen abzuziehen, die politischen Gefangenen freizulassen, den Dialog mit der Opposition zu beginnen und grundlegende Reformen einzuleiten. Das Regime hatte diese Forderungen akzeptiert, sie aber nicht durchgehend umgesetzt.

Wie im Jemen, soll nach dem Willen der Arabischen Liga eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden, die sich aus Mitgliedern des Regimes und der Opposition zusammensetzt. Zwei Monate nach der Regierungsbildung habe Assad zurückzutreten und die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter Farug al Sharaa zu übergeben.

Demgegenüber gibt es eine beachtliche Mehrheit in Syrien, die sagt, das eigentliche Problem sei nicht Assad. Sie macht einen Unterschied zwischen Assad und dem Regime und stellt fest, dass die Krise nicht allein damit ende, dass Assad geht.

Die Arabische Liga hat eine militärische Intervention der Nato klar abgelehnt, aber Friedenstruppen der Vereinten Nationen gefordert (die allerdings eine Feuerpause und das Einverständnis der syrischen Regierung voraussetzen; beide sind nicht gegeben) und beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Syrien

beschlossen: die Aussetzung jeglichen Handels mit Ausnahme von Lebensmitteln, das Einfrieren der Guthaben ranghoher Regimevertreter, den Abzug arabischer Investitionen aus Syrien, ein Reiseverbot für syrische Regierungsvertreter in der arabischen Welt und ein Verbot von Transaktionen mit der syrischen Zentralbank. Saudi-Arabien hat seine Hilfszahlungen an Syrien längst eingestellt, und das europäische Ölembargo trifft das Regime hart. Die Steuereinnahmen Syriens sind von 340 Milliarden im Jahr 2010 auf nur noch fünf Milliarden gesunken. Die Wirtschaft ist nahezu komplett gelähmt, die syrische Lira hat seit Beginn des Aufstands mehr als die Hälfte ihres Werts verloren. Wir fordern die Arabische Liga auf, ihre Beobachtermission wieder aufzunehmen und umgehend alle Aktivitäten zu unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren.

Nach Einreiseverboten und Kontensperrungen gegen die führenden Vertreter

des Regimes bereitet die EU weitere Sanktionen gegen die syrische Zentralbank sowie die Einstellung des kommerziellen Flugverkehrs vor.

Al Jazeera und Al Arabiya produzieren kampagnenartig Meldungen, immer aus Sicht der Opposition. Wir wenden uns gegen die einseitige und eskalationsfördernde Berichterstattung der westlichen Medien, die oft die Meldungen von Al Jazeera und Al Arabiya schlicht wiedergeben.

Jürgen Grässlin, Bernd Baier, Wolfgang Menzel und Thomas Carl Schwoerer sind DFG-VK-Bundessprecher. Dieses Papier wurde für die Diskussion beim Bundesausschuss zu seiner Sitzung am 25. Februar vorgelegt und nach der Diskussion dort an einigen Stellen modifiziert und am 2. März von den Genannten als Stellungnahme aus dem DFG-VK-Bundessprecherkreis verabschiedet.

„Bietet dem Iran Sicherheitsgarantien an!“

Stellungnahme aus dem BundessprecherInnenkreis zur Situation um den Iran

Von Jürgen Grässlin, Bernd Baier, Wolfgang Menzel und Thomas Carl Schwoerer

Die Obama-Administration hat seit ihrem Amtsantritt 2009 keinen ernsthaften Versuch gemacht, mit Iran ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel eines Verzichts auf Atomwaffen. Die Androhung und Durchführung von Sanktionen standen stets im Vordergrund; ein Finanz- und Handelsembargo wurde beschlossen. Auch die EU hat ein totales Öl- und Finanzembargo verhängt. Untergeordnete Persönlichkeiten des Iran haben mit einer Sperrung der Straße von Hormuz gedroht. Die Eskalation der gegenseitigen Drohungen ist beängstigend.

Die Situation erinnert fatal an das Szenario vor dem letzten Irak-Krieg und droht, außer Kontrolle zu geraten.

■ Diese Sanktionen sind schädlich

Oppositionsführer Mir-Hussein Mussawi weist darauf hin, dass die Sanktionen besonders der armen Bevölkerung schaden und sie nun wieder in die Arme der Regierung treiben, zumal im März Parlamentswahlen stattfinden. Die Sanktionen treffen auch den Privatsektor und die Mittelklasse und schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Die iranische Wirtschaft leidet, die Währung ist im freien Fall.

Die Regierung selbst kann sich von den Folgen eines Ölembargos relativ gut abschotten. Die Revolutionsgarden und die religiösen Stiftungen, welche weite Teile der Wirtschaft kontrollieren, haben langjährige Erfahrung damit, im Illegalen (etwa in der Schattenwirtschaft) zu arbeiten. Sie florieren geradezu unter solchen Bedingungen.

■ Krieg ist ein Verbrechen

Die Sanktionen wurden in einer Weise verschärft, die immer näher an einen Krieg heranführt. Alle Kriegsoptionen sind verantwortungslos und friedenspolitisch unwirksam. Ein Militärschlag hätte einen regionalen Flächenbrand, explodierende Ölpreise und breit gestreute Terroranschläge zur Folge. Der Iran würde gemeinsam mit seinen Verbündeten Hisbollah und Hamas massiv zurückgeschlagen. Dabei würde ein Militärschlag kaum das iranische Atomprogramm zerstören, aber viele Menschen, darunter vermutlich zahlreiche Oppositionelle, das Leben kosten. Die Regierung könnte sich keinen besseren Vorwand wünschen, um mit angeblichen Landesverrättern kurzen Prozess zu machen. Und ein militärischer Angriff würden den Machthabern eine moralische Rechtfertigung dafür geben, Atomwaffen zu entwickeln.

Die US-Regierung bzw. Israel brauchen für einen Krieg gegen den Iran zumindest die moralische Unterstützung der EU-Staaten. Um so dringlicher ist es, dass die Bundesregierung jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran unmissverständlich ausschließt. Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass die amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht erneut für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen und dass es keine Überflugrechte und keine Zusammenarbeit der Geheimdienste dafür gibt.

Von der Bundeskanzlerin fordern wir, jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Iran öffentlich auszuschließen und die riskante Sanktionseskalation zu stoppen.

■ Atomwaffensperrvertrag stärken

Die vor Jahren eingeleitete EU-Verhandlungsstrategie war von vornherein zum Scheitern verurteilt: Es war nie realistisch (und entsprach nicht dem Atomwaffensperrvertrag), speziell von Iran einen Verzicht auf die Urananreicherung zu fordern. Diese Forderung ist zudem nicht glaubwürdig, solange in der EU selbst Uran angereichert wird und Atomkraftwerke laufen oder gebaut werden. Und

sie ist nicht nötig, eignen sich doch die im Atomwaffensperrvertrag vorgesehene intensiven Kontrollen und Inspektionen der IAEA zur Verhinderung einer Atommacht Iran – im Präzedenzfall Chemiewaffenabkommen haben sie ja auch funktioniert. Iran sollte das entsprechende Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrags in vollem Umfang umsetzen und sich auf die Produktion von schwach angereichertem Uran beschränken, mit dem keine Waffen hergestellt werden können. Das ist keine unbillige Forderung, denn die entsprechenden Leichtwasserreaktoren stellen den internationalen Standard dar. Die Devise sollte also lauten: Sowenig Urananreicherung wie nötig, soviel Kontrollen und Transparenz wie möglich.

Iran darf keine Atommacht werden. Er wäre gut beraten, darüber hinaus auf die zivile Nutzung der Atomenergie zu verzichten und statt dessen das reichlich vorhandene Potenzial an Wind- und Sonnenenergie zu erschließen.

■ Sicherheitsgarantien anbieten

Iran wird allerdings nur dann auf Atomwaffen verzichten, wenn es hinreichende Sicherheitsgarantien erhält. Das Land ist durch die militärische Präsenz der USA in

Irak, Afghanistan, Saudi-Arabien und den zentralasiatischen Staaten von allen Seiten umstellt. Zudem verfügt Israel über 200 bis 300 atomare Sprengköpfe, die Iran erreichen können. Die USA haben Nordkorea weitgehende Sicherheitsgarantien angeboten, weigern sich bislang aber, sie Iran zu offerieren.

■ Atomwaffenfreie Zone einrichten

Die Bundesregierung sollte die von der Uno für dieses Jahr beschlossene Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten unterstützen. Dadurch würden die Reformkräfte in der gesamten Region neuen Auftrieb erhalten. Sicherheitsgarantien und eine solche Konferenz würden nicht das heutige Regime in Iran stabilisieren, sondern das Feindbild „Westen“ unterhöheln und den dortigen Reformkräften mehr politischen Spielraum verschaffen.

Die Forderung einer Deutschen Friedensgesellschaft nach einer atomwaffenfreien Zone richtet sich mit Bedacht auch an Israels Adresse. Die Atomwaffenpolitik des Landes liegt nicht in seinem eigenen Sicherheitsinteresse. Selbstredend muss im Gegenzug auch Iran das Existenzrecht Israels anerkennen.

Last but not least würde Deutschland seine eigene Glaubwürdigkeit durch das Drängen auf den Abzug der in Büchel lagernden Atomwaffen und Beendigung der nuklearen Teilhabe sowie durch den Verzicht auf die Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel erhöhen. Die atomaren Großmächte müssen ihrer Verpflichtung im Atomwaffensperrvertrag nachkommen, ihre Atomwaffen abzurüsten.

Die öffentliche Auseinandersetzung zum Thema „Atommacht Iran“ nimmt derzeit eine negative und gefährliche Richtung an. Es kommt jetzt darauf an, diese Dynamik schnellstens umzukehren. Der Weg dahin führt über Sicherheitsgarantien und eine Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone.

Jürgen Grässlin, Bernd Baier, Wolfgang Menzel und Thomas Carl Schwoerer sind DFG-VK-Bundessprecher. Dieses Papier wurde für die Diskussion beim Bundesausschuss zu seiner Sitzung am 25. Februar vorgelegt und nach der Diskussion dort an einigen Stellen modifiziert und am 2. März von den Genannten als Stellungnahme aus dem DFG-VK-Bundessprecherkreis verabschiedet.

Die Plutonium-Gefahren „unserer“ AKW

Ein Jahr nach der Fukushima-Katastrophe

Von Marion Küpker

In sechs deutschen Atom-Standorten fanden am 11. März, dem ersten Jahrestag der Katastrophe in Fukushima, Aktionen statt. Welche Gefahr geht denn nun von unseren AKW tagtäglich aus, von denen die letzten sechs erst 2021/2022 abgeschaltet werden sollen? Zum Beispiel vom AKW Brokdorf, welches nur 60 Kilometer vom Zentrum der 2-Millionen-Metropole Hamburg entfernt liegt?! Dies ist die Distanz von der Fukushima-Reaktoranlage hin zur Stadt Fukushima City, der Stadt, in der von StudentInnen die strahlende Erde der Spielplätze und Schulhöfe abgetragen wurde.

Mit 1.480 Megawatt brutto hat das AKW Brokdorf ein Viertel weniger Leistung als alle drei Fukushima-Reaktoren zusammen, in denen es zu Kernschmelzen kam. Im Jahr 2010 belegte Brokdorf den Spitzenplatz 3 bei der Stromproduktion der leistungsstärksten AKW der Welt, und es war dabei keine deutsche Ausnahme, denn sechs „unserer“ AKW fielen unter die ersten 10 Plätze. In den

Jahren davor waren es manchmal sogar sieben!

■ Alle deutschen AKW mit MOX

MOX ist die Abkürzung für Mischoxid. Im Gegensatz zu herkömmlichen Brennelementen (BE) aus Uran(-dioxid) enthalten MOX-Brennelemente eine Beimischung von Plutonium(-dioxid). Seit dem Jahr 2000 wird MOX in neun deutschen AKW eingesetzt. Seine Turbo-Qualität führt zu einer gefährlichen Leistungssteigerung und erzeugt viele zusätzliche Probleme, z.B. kam es durch Überlastung des Materials zu Tritium-Leckagen. Die Druckwasserreaktoren in den AKW Brokdorf, Philippsburg, Grafenrheinfeld, Emsland, Grohnde (läuft aktuell nicht), Neckarwestheim und Isar sowie die Siedewasserreaktoren Gundremmingen B + C haben einen MOX-Brennelemente-Anteil von 25 bis 50 Prozent, was im Schnitt ein Drittel aller Brennelemente ausmacht. Jeder dieser Reaktoren wird mit

meist mehr als 100 Tonnen Urandioxid/Plutoniumdioxid-Brennstoffen gefährdet, das bedeutet bei einem Plutoniumdioxidgehalt von 4 Prozent grob gerechnet pro AKW 1,2 Tonnen Plutonium allein in den neuen MOX-Brennelementen. Während der Dauer des Einsatzes steigt der Plutoniumgehalt durch den Neutronenbeschuss noch an. Etwa vier Jahre sind MOX-Brennelemente in Betrieb, und bei der jährlichen Revision wird hiervon in der Regel ein Drittel ausgetauscht. Diese Plutonium-Berechnung berücksichtigt nicht die Bestände der BE-Abklingbecken und Versuchsreaktoren sowie der skandalträchtigen Atom-müll(zwischen)lager.

Weltweit werden MOX-Brennelemente nur in Sellafield/Großbritannien und Marcoule/Frankreich sowie in Dessel/Belgien hergestellt. Die deutschen Kernkraftwerksbetreiber haben für den Zeitraum 2009 bis 2016 die Fertigung und Lieferung von 170 Tonnen MOX (6,8 Tonnen Plutonium) mit den britischen

und französischen Wiederaufarbeitungsanlagen vereinbart. Die britische Eigentümerin NDA, die auch das japanische Kernenergieunternehmen Tepco mit MOX-BE belieferte, teilte im August 2011 ohne konkretes Datum mit, dass sie ihre Sellafield-MOX-Anlage (SMP) „zum frühest möglichen Zeitpunkt“ schließen wolle. Alle Betreiber haben bereits vorsorglich Verhandlungen mit dem Unternehmen Areva über die Fertigung von MOX-BE aufgenommen, falls MOX aus Sellafield nicht mehr verfügbar sein sollte.

In Deutschland wurde 1994 aufgrund schwerer technischer Probleme die MOX-Verarbeitung in Hanau eingestellt. Heute wird bei uns „nur“ uranhaltiges Material (auf 3 Prozent angereichertes Uran 235) in der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau für die Brennelemente-Fabrik Lingen hergestellt. Die UAA Gronau der Firma Urenco, die einen Weltmarktanteil von circa 30 Prozent für Brennstäbe hat, beliefert auch Tepco, Betreiberin von Fukushima I und II.

■ Das giftigste Element der Welt

Während es sich bei der Atombombe auf die Stadt Hiroshima um eine Uranbombe handelte, kam über Nagasaki zum ersten mal eine Atombombe mit insgesamt 6,2 Kilogramm Plutonium zum Einsatz. Dabei wurden im Fissions-Prozess lediglich etwa 20 Prozent, also rund 1,2 Kilogramm gespalten, 5 Kilogramm Plutonium wurden freigesetzt, zusätzlich zu der immensen zerstörenden Energie. 73.000 Menschen fanden einen grausamen Tod, und das Sterben geht bis heute weiter ñ noch einmal doppelt so viele Menschen sind bisher an den Spätfolgen gestorben. Und: Ein Millionstel Gramm Plutonium eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen kann Krebs erzeugen! Die Menge an Plutonium in den heutigen Atombomben variiert bis zum Zehnfachen des damaligen Inhaltes, wobei deren Modernisierung hin zu kleineren und damit „einsatzfähigeren“ Atombomben geht.

■ Fukushima und MOX

Von Fukushima 1 wurde bekannt, dass die dort eingesetzten Uran-Brennelemente bereits am Ende ihrer Betriebszeit waren und im selben Monat, in dem die Katastrophe geschah, ausgetauscht werden sollten. Das heißt, dass auch diese BE 1 Prozent Plutonium enthielten, das heute vermengt in der Kernschmelze steckt! In Fukushima 3 kamen von den insgesamt 516 Brennelementen sogar 32 MOX-BE, d.h. mit 4 Prozent Plutoniumoxid, zum Einsatz. Das ergibt zusammen mindestens 330 Kilogramm Plutonium allein in

den von den Kernschmelzen betroffenen Reaktoren mit zusammen 1.500 Brennelementen. In dieser Rechnung fehlen die hoffentlich unter Kontrolle gebrachten und bleibenden sieben Brennelemente-Abklingbecken innerhalb der sechs Fukushima-Reaktoren sowie die zwei externen Abklingbecken und das Lager für neue Brennelemente mit einer Gesamtkapazität für insgesamt 16.000 BE.

Aber zurück zu uns: Mindestens 1,2 Tonnen Plutonium pro deutschem AKW macht pro AKW das Plutonium von 200 Nagasaki-Bomben aus. Welch Wahnsinn treibt PolitikerInnen und KraftwerksbetreiberInnen, solche Anlagen zu genehmigen und zu betreiben?! Welche Ignoranz gegenüber den möglichen alltäglichen Gefahren, wo die Reaktor-Ummantelung zwar dem Aufprall von kleinen Flugzeugen, aber nicht von größeren Passagiermaschinen standhalten soll. Mensch kann nur hoffen, dass nie ein Pilot – aus welcher Frustration heraus auch immer – mal auf falsche Gedanken kommt. Oder eine/r der 23.000 landesweiten „Atom-Nomaden“, die 80 Prozent des AKW-Personals ausmachen. Diese Leiharbeiter der Subunternehmer führen die jährlichen Revisionsarbeiten in den Bereichen der AKW durch, in denen sich das Stammpersonal lieber nicht aufhält. Sie bekommen die meiste Strahlung ab. Aber auch ohne menschliche Fehler ist z.B. das AKW Brokdorf, das in der Region mit dem tiefsten Punkt Deutschlands liegt (-3,40 Meter), auch wenn es auf ca. 1,50 Meter über Normal-Null angehoben

wurde, durch Flutkatastrophen gefährdet. Das AKW-Gelände kann volllaufen, und eine autarke Notstromversorgung kann laut Reaktoraufsichtsbehörde nicht unter allen Umständen gewährleistet werden. Das AKW im Ernstfall mit Elbwasser durchspülen zu müssen, um eine Kernschmelze wieder zu stoppen (wie im Fall Fukushima), hätte tödliche Folgen nicht nur für das Wattenmeer der Nordsee – ein einzigartiges und sensibles Ökotopt für 5.000 Spezies, „Kinderstube“ für Fische, Brutvögel und Meeressäuger und Rastplatz für riesige Zugvögelschwärme. MOX-Brennelemente werden u.a. auch per LKW durch das Hamburger Stadtgebiet transportiert. Bleibt nur zu hoffen, das es nie zu einem Unfall mit Feuer kommt, bei dem die Transportbehälter beschädigt werden. Es gab in der Vergangenheit bereits viele Störfälle, die zu einer Kernschmelze hätten führen können.

Jeder Tag kann ein Tag zu viel sein. Und jeder/r kann im täglichen Handeln etwas tun – beispielsweise den Stromanbieter wechseln, weg von e.on, RWE, Vattenfall, EnBW hin zu EWS Schönau, Greenpeace Energy, Naturstrom oder LichtBlick; das Konto wechseln, weg von den Atombanken Deutsche Bank, Postbank und Commerzbank (um nur einige zu nennen) hin zur GLS Bank, Umweltbank, EthikBank oder Triodos Bank.

Marion Küpker ist internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atom- und Uranwaffen.



**Gegen die
Militarisierung
der Jugend**

Internationale
Fachtagung
8.-10. Juni 2012
Darmstadt, Deutschland

war resisters' international
internationale des resistant(e)s à la guerre
internationale der kriegsdienstgegerinnen
internacional de resistentes a la guerra
internacio de millitrezistanto

Gemeinsam mit der DFG-VK und der Bertha-von-Suttner-Stiftung veranstaltet die WRI vom 8. bis 10. Juni in Darmstadt die internationale Fachtagung **Gegen die Militarisierung der Jugend**. Ziel ist es, ein regionales und internationales Netzwerk kooperierender antimilitaristischer Organisationen zu schaffen. Mit der Konferenz geht es darum, die Arbeit gegen die Militarisierung der Jugend in Europa (und darüber hinaus) zu stärken, indem die Möglichkeit geschaffen wird, Erfahrungen aus der Arbeit auszutauschen und die Vernetzung und den Austausch regional und international zu stärken.

Die Militarisierung der Jugend nimmt vielfältige Formen an. Das Projekt strebt an, die unterschiedlichen Arten der Militarisierung der Jugend zu analysieren und Strategien des Widerstands zu beleuchten. Auch wenn wir verschiedene Fragestellungen und Formen des Widerstands identifiziert haben, so streben wir auch an, zentrale Themen der Analyse in allen Themenbereichen einzubringen, einschließlich von Klasse, Rassismus, Ethnizität.

Die Themenfelder der Fachtagung sind: Nationalismus und Patriotismus; Kultur des Militarismus; Rekrutierungsstrategien des Militärs; Militär im öffentlichen Raum; Militärische Männlichkeiten; Militär im Bildungswesen.

Weitere Informationen im Internet: www.wri-irg.org/militarisierungderjugend

„Friedenskultur.2012 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“

Perspektiven der Anti-Atomwaffenbewegung
Von Joachim Schramm

Der Raketenabwehrschirm der Nato, der Konflikt um die Atompläne des Iran, der auf die Atommacht Pakistan überzugreifen drohende Afghanistankrieg, Berichte über die Modernisierung der in Europa (auch in Büchel) gelagerten US-Atombomben: Die andauernde atomare Bedrohung sorgt immer wieder für Schlagzeilen. Die Katastrophe von Fukushima hat erneut deutlich gemacht, dass das Spiel mit dem nuklearen Feuer zu gefährlich ist und dass „Sicherheit“ für die normalen Menschen meist etwas anders bedeutet als für Staatsführer und Militärs. Anlass genug also, die brennendsten Fragen der Atomwaffenthematik mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Friedensbewegung zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.

Am 12. Mai veranstalten die DFG-VK, pax christi, IPPNW, Ohne Rüstung leben und das Essener Friedensforum in der Essener Volkshochschule die Tagung „Friedenskultur.2012 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“. Zwei Jahre nach dem viel gelobten Kongress „Friedenskultur.2010 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ im Kulturhauptstadtjahr 2010 stellen in einer eintägigen Veranstaltung renommierte ReferentInnen die aktuellen Entwicklungen dar und bieten eine Plattform zum Diskutieren. Konkrete Schritte auf dem Weg zur atomwaffenfreien Welt stehen dabei im Mittelpunkt.

Im Mai treffen sich in Wien die Diplomaten erneut zu Gesprächen über Atomwaffen. Wenige Tage später will die Nato in Chicago die Rolle der nuklearen „Abschreckung“ im Bündnis neu zementieren. Dazwischen bietet sich in Essen die Gelegenheit, Positionen und Perspektiven der Friedensbewegung zu diskutieren und zu erarbeiten. Die Veranstaltung ist Teil der neuen Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, die in diesen Tagen startet.

Die Tagung richtet sich an AktivistInnen der Anti-Atomwaffen-Bewegung und politisch Interessierte in NRW, aber auch darüber hinaus. Vor dem Hintergrund der Katastrophe in Fukushima und der neu begonnenen Diskussion um den Zusammenhang von militärischer und ziviler Nutzung der Atomkraft sind selbstverständlich auch die AktivistInnen der Anti-AKW-Bewegung gerne gesehen.

Vor zwei Jahren herrschte in der Atomwaffendebatte ein vorsichtiger Optimismus vor: Die USA und Russland schlossen ein neues Start-Abkommen, bei der Uno in New York bekräftigte die Staatenwelt einmütig, dass eine Welt ohne Atomwaffen auf der Agenda steht, und die deutsche Regierungskoalition hatte vereinbart, bei den USA den Abzug der hier verbliebenen Atomwaffen anzunehmen. Doch dieser Optimismus ist verfliegen. Nach wie vor bedrohen 20.000 Atomwaffen die Welt, sämtliche Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenalen und Trägersysteme, Raketenabwehr heizt den Rüstungswettlauf weiter an, und die Nato beharrt in ihrer neuen Strategie auf der Rolle von Atomwaffen.

Zum Auftakt von „Friedenskultur.2012“ schauen ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, Giorgio Franceschini von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Regina Hagen von der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ auf die Entwicklung seit 2010 und beleuchten die daraus neu entstandenen Bedrohungen.

In zwei Blöcken stehen dann verschiedene Brennpunkte der atomaren Bedrohung im Fokus. In Block 1 stellt der Nahost-Kenner Prof. Dr. Werner Ruf von der AG Friedensforschung Kassel die Situation im Nahen Osten dar. Er beleuchtet die aus der atomaren Bewaffnung Israels und dem Konflikt um die Atompläne Irans sich ergebenden Bedrohungsszenarien und stellt Lösungsmodelle vor. Parallel dazu gibt Dr. Jochen Hippler vom Institut Entwicklung und Frieden (Inef) einen Einblick in die Situation der Konfliktregion Afghanistan, Pakistan, Indien, die durch den Krieg am Hindukusch, Grenzstreitigkeiten und das Nebeneinander zweier verfeindeter Atommächte eine besondere Brisanz aufweist. Die Vorstellung des neu erstellten Bildungstools „Atomwaffen abschaffen“ der Presshütte Mutlangen rundet den ersten Block ab.

Im zweiten Block gibt Giorgio Franceschini von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) einen Überblick über die geplanten und vollzogenen Modernisierungen der Atomwaffen in verschiedenen Ländern. Er stellt dar, wie dadurch die Gefahr des Einsatzes erhöht und einer atomaren Ab-



rüstung Steine in den Weg gelegt werden. Parallel dazu greift Dr. Angelika Claußen von der IPPNW den Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft auf. In der Anti-AKW-Bewegung, die auch durch Fukushima wieder neu an Elan gewonnen hat, spielt das Thema Atomwaffen oder Uranmunition häufig nur eine untergeordnete Rolle. Das Forum will hier auch über Wege der stärkeren Zusammenarbeit diskutieren.

Abgeschlossen wird die Tagung durch ein Plenum, in dem VertreterInnen aus verschiedenen Teilen der Anti-Atomwaffenbewegung über Perspektiven der weiteren Arbeit diskutieren. Dabei sein werden Martin Hinrichs (BANg), Burkhard Schneider (Mayors for Peace international), Renke Brahm (Friedensbeauftragter der EKD, angefragt), Xanthe Hall (atomwaffenfrei.jetzt) und Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum); Thomas Schwoerer, Bundessprecher der DFG-VK, moderiert dieses Plenum.

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Zu der Tagung kann man sich online anmelden unter www.friedenskultur2012.de oder per Mail an info@friedenskultur2012.de. Die Tagungskosten betragen inkl. Mittagsimbiss und Pausengetränken 20 Euro (ermäßigt 15 Euro). Ein Flyer zur Tagung liegt dieser Zivilcourage bei.

Nein zur Nato – Nein zum Krieg

Aufruf des Internationalen Koordinations-Komitees
zu Aktionen anlässlich des Nato-Gipfeltreffens im Mai in Chicago

Vom 19. bis 24. Mai werden die G8-Staaten und die Nato Gipfeltreffen in Chicago abhalten. Dort wird die Nato ihre neue Nuklear-Doktrin verstärken, zukünftige Strategien für den Krieg in Afghanistan bestätigen, künftige Kriege planen wie die mögliche Intervention in Syrien und/oder Iran und ihre globale militärische Macht für das 21. Jahrhundert vertiefen. Tatsächlich wird der Nato-Gipfel aber die Sicherheit der Menschen in aller Welt in Gefahr bringen.

Ein breites Spektrum von US- und internationalen Organisationen hat Aufrufe zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, Konferenzen, Aktionen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams und öffentlichen Protesten in Chicago für den Mai herausgegeben. Höhepunkte dabei werden u.a. ein internationaler Gegen-Nato-Gipfel am 18. und 19. Mai und eine geplante gewaltfreie, friedliche Demonstration am 19. Mai sein. Wir rufen auf in Solidarität zu internationalen Aktionstagen weltweit für den 14. bis 20. Mai gegen das Kriegssystem der Nato.

Ogleich die größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, mit denen sich die Menschheit konfrontiert sieht, zunehmende Ungleichheit und Fragen der weltweiten Umweltverträglichkeit sind, verschafft sich die Nato unberechtigterweise Zugang zu den Rohstoffen und Reichtümern der Welt und zerstört dabei die Umwelt. Mit ihren Militäroperationen „Out of Area“ untergräbt die Nato die Vereinten Nationen. Das Vorgehen der Nato der Welt gegenüber nach dem Motto „Wer den Frieden will, muss sich auf den Krieg vorbereiten“ ist ein Rezept für endlose Kriege, nicht aber für menschliche Sicherheit. Die in Lissabon verabschiedete neue Strategie der Nato bildet den Hintergrund für die weltweiten militärischen Einsätze für den Profit der ersten Welt. Im Krieg in Libyen kam diese neue Strategie zum ersten Mal zur Anwendung. Sie kostete 50.000 Libyern das Leben. Der zehn Jahre andauernde Afghanistan-Krieg der Nato einschließlich der Ernennung der korrupten Karzai-Regierung und der willkommenen Aufnahme korrupter Warlords hat diese Nation zerrüttet und gleichzeitig wirtschaftliche und strategische Vorteile für die USA und andere Nato-Länder gesichert. Nun treibt die Nato die Afghanisierung des

Kriegs und treibt das Land noch weiter in einen Bürgerkrieg. Die Behauptung der Nato, dass sie die Menschenrechte verteidigen und die Zivilgesellschaft fördern würde, klingt hohl und unglaubwürdig, nachdem die Bedrohung durch Al Qaida in Afghanistan längst vorbei ist und täglich Berichte über die korrupte Karzai-Regierung kursieren. Die Nato schlägt einen längst ausgetretenen neokolonialen Weg ein, der die wirkliche Sicherheit von Europäern und Nord-Amerikanern untergräbt wie auch die der Völker von Afghanistan und anderen zentral-asiatischen Nationen.

Die Nato beharrt darauf, für sich selbst das „Recht“ in Anspruch zu nehmen, einseitig Atomschläge gegen eine vermeintliche Bedrohung zu veranlassen. Die Nuklearpläne der Nato, einschließlich der Modernisierung der Atomwaffen der USA und der atomaren Infrastruktur der Nato-Mitgliedsstaaten, unterhöhlt den Atomwaffensperrvertrag (NPT) und dessen in Artikel VI enthaltene Verpflichtung zur Beseitigung aller Atomwaffen.

Die nukleare Teilhabe der Nato, die Länder wie Deutschland und die Niederlande praktisch zu Nuklear-Staaten macht, verstößt ebenso gegen den Atomwaffensperrvertrag und damit gegen das Völkerrecht. Mit der Einführung weltweiter militärischer Partnerschaften mit Nicht-Nato-Staaten (durch das Programm „Partnerschaft für den Frieden“) wie auch mit anderen staatlichen Organisationen (wie der Europäischen Union) bewirkt die Nato eine zunehmende Militarisierung der politischen Kultur. Mit ihren Plänen für ein Raketen-Abwehrschild, ihrer ausgeprägten Infrastruktur von ausländischen Militärbasen und ihren aggressiven Interventionen erzeugt die Nato ein übermäßig hohes Militärbudget, 75 Prozent der gesamten globalen Militärausgaben. Dieses Geld wird dringend benötigt für soziale, wirtschaftliche und ökologische Programme in allen Ländern.

Wir rufen auf zu weltweiten gewaltfreien Aktionen vom 14. bis 20. Mai, zur Solidarität, Entmilitarisierung, Beseitigung der Atomwaffen, gewaltfreien Konfliktlösungen und fordern Gerechtigkeit, d.h. die Bedürfnisse von Menschen vor das Profitdenken zu stellen und den Herausforderungen der Umwelt als ganzes gerecht zu werden.

Wir bitten politische Gruppen und Aktivisten in aller Welt, aktiv zu werden gegen Krieg – aktiv zu werden für die gegenseitige Verständigung, um den sozialen Bedürfnissen zu entsprechen und den Erfordernissen der Umwelt zu begegnen.

Nehmt soziale Medien zu Hilfe, um Eure Freunde und Kollegen über die wirklichen Absichten der Nato und die Notwendigkeit, Alternativen zu finden, aufzuklären. Schreibt Briefe an Eure Regierungsvertreter und an die Herausgeber Eurer lokalen, regionalen oder bundesweiten Zeitungen. Organisiert und besucht Konferenzen, Seminare, öffentliche oder Bildungsveranstaltungen und zeigt Eure Opposition zur Nato durch Euer Engagement in gewaltfreien direkten Aktionen (wie den Aktionen in Brüssel am 1. April unter dem Namen *Nato Game Over*). Dies schließt auch zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Demonstrationen ein.

Reiner Braun (Ialana, Deutschland), Claire Chastain (Collectif national unitaire Otan-Afghanistan, Frankreich), Petros Constantinou (Stop the War, Griechenland), Ludo De Brabander (Vrede, Belgien), Arielle Denis (Movement de la Paix, Frankreich), Joseph Gerson (American Friends Service Committee, USA), Jana Glivická (No Bases Network, Tschechische Republik), Luis Gutierrez-Esparza (Latein-Amerikanischer Kreis für Internationale Studien, Mexico), Kate Hudson (Kampagne zur Nuklearen Entwaffnung, UK), Hans Lammerant (vredesactie, Belgien), Judith Leblanc (Peace Action, USA), Vitor Lima (Pagan, Portugal), Kevin Martin (Peace Action, USA), Annie McStravick (Collectif national unitaire Otan-Afghanistan, Frankreich), Agneta Norberg (Schwedischer Friedensrat, Schweden), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung, Deutschland), Claudine Polet (Comité Surveillance Otan, Belgien), Elsa Rassbach (Code Pink, USA), John Rees (Stop the War, UK), Ricardo Robles (Portugal), Andreas Speck (War Resisters' International), Michael Youlton (Kampagne für ein Soziales Europa, Irland)
Das internationale Netzwerk „Nein zur Nato – Nein zum Krieg“ wurde im Oktober 2008 in Stuttgart gegründet, den Gründungsauftrag unterzeichneten mehr als 650 Organisationen aus über 30 Ländern.

Dank für Mut und Menschlichkeit

Rede von Ulli Thiel als Repräsentant der DFG-VK beim Empfang des Bremer Senats zum 90. Geburtstag des Wehrmacht-Deserteurs Ludwig Baumann

An seinem 90. Geburtstag, am 13. Dezember 2011, wurde der frühere Wehrmacht-Deserteur und Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz durch einen Senatsempfang vor 200 geladenen Gästen abends im Bremer Rathaus geehrt. Festredner waren der Präsident des Senats Bürgermeister Jens Böhrnsen, der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ulli Thiel für den DFG-VK-Bundesverband und Ludwig Baumann selber. Bei der Geburtstagsfeier am Nachmittag im kleineren Rahmen mit Freunden und MitstreiterInnen überreichte Sonnhild Thiel dem Jubilar – ebenfalls im Auftrag des Bundesverbandes – die Ehrenmitgliedschafts-Urkunde der DFG-VK, worüber Ludwig Baumann sich sehr freute.

Lieber Ludwig, sehr geehrte Festgäste, ich bin heute mit meinem Redebeitrag zwar als Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) angekündigt, aber ich bin mir sicher, auch im Namen all derjenigen Friedensinitiativen und -gruppen zu sprechen, die Dich, lieber Ludwig, in den zurückliegenden Jahren bei vielen Veranstaltungen und Aktionen erlebt und schätzen gelernt haben. Wir MitarbeiterInnen der Friedensbewegung und der DFG-VK verbinden mit Deinem Namen, Deinem Leben und Handeln zwei Begriffe:

Menschen gekämpft hast, die von der NS-Militärjustiz wegen ihres Widerstands gegen den Krieg verurteilt worden waren – rund 30.000 davon zum Tode.

Du hast damals Entscheidungen getroffen, die sehr schwerwiegend waren. Mut ist da vielleicht viel zu wenig gesagt. Du wusstest, welche Tragweite deine Entscheidung hat, nein zu sagen zum Töten, nein zu sagen zum Krieg, dich aus der Truppe zu entfernen. Die reguläre Kriegsdienstverweigerung gab es damals nicht. Es blieb nichts anderes übrig, als Fahnenflucht zu begehen. Und dir war ganz klar, welche Konsequenzen das haben wird: das Todesurteil. Du hast später noch oft auf das bekannte Hitler-Zitat hingewiesen „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.“

Den Anstoß zu Deiner Entscheidung hast Du 1942 über Filme aus NS-Wochenschauen erhalten. Soldaten wurde gezeigt, dass hunderttausende sowjetische Gefangene von der deutschen Wehrmacht festgehalten wurden, hungernd der Kälte ausgesetzt und damit dem Tod

durch Erfrieren ausgeliefert waren. Das menschliche Mitgefühl über das Schicksal der sowjetischen Gefangenen hat bei dir den Schritt bewirkt, den Kriegsdienst zu verweigern, die Truppe zu verlassen. Du hättest ja noch, als du danach festgenommen worden bist, von der Schusswaffe Gebrauch machen können, die du

als Soldat noch bei dir hattest, um Deiner Festnahme zu entgehen. Du hast es aber nicht gemacht. Mut und Menschlichkeit auch da wieder.

Du wurdest zum Tode verurteilt und musstest zehn qualvolle Monate in der Todeszelle jeden Tag damit rechnen, dass das Urteil vollstreckt wird. Dein Lebensmut konnte Dir nicht genommen werden. Du wurdest zu zwölf Jahren Zuchthaus „begnadigt“ und hast überlebt.

In der Zeit nach 1945 musstest Du jahrzehntlang wüste Beschimpfungen und üble Diffamierungen ertragen. Für Dich und andere Opfer der NS-Militärjustiz, die sich einem verbrecherischen Krieg verweigerten, wäre es eigentlich die natürliche Haltung gewesen, ob ihrer mutigen Haltung von den Menschen anerkannt, gewürdigt oder gelobt zu werden. Aber nichts von dem ist gewesen. Diese furchtbare Zeit hatte Auswirkungen bis weit in die Zeit Deines Engagements für die Rehabilitierung.

In den 80er Jahren hattest du dann Kontakt gefunden zu Menschen in der Friedensbewegung, die sich Deines Anliegen angenommen und es unterstützt haben. In den 90er Jahren, aber auch das letzte Jahrzehnt, war es ein schwieriger, manchmal auch entwürdigender Kampf. Ich möchte keine einzelnen Aktionen oder Phasen benennen, aber wir haben in etlichen Veranstaltungen auch erlebt, dass immer wieder Menschen aufgetreten sind, die die Deserteure des Zweiten Weltkrieges, die Kriegsdienstgegner von damals, diffamiert haben und sich gegen die Rehabilitierung aussprachen.

In Erinnerung ist mir eine Fernsehdiskussion über die Rehabilitierung der Deserteure, in der Du vom damaligen rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und einen Professor der Bundeswehrhochschule in München verbal so angegriffen und beleidigt wurdest, dass du mit Ralph Giordano den Raum verlassen hast und sich der Moderator Gerd Ruge zum Abbruch der Sendung gezwungen sah.

Dass selbst in den 90er Jahren noch solche Dinge passieren konnten, war und ist ein Indiz für das ganz schwierige Engagement, das du gezeigt hast. Die Vorhaltungen und Diskriminierungen gegen Dich und die anderen Deserteure hast Du nicht mit gleicher Münze beantwortet, sondern Dich auch durch persönli-



Foto: DFG-VK Köln/FAH

Mut und Menschlichkeit

Diese beiden Charaktereigenschaften wurden bei Dir sehr klar sichtbar – in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, als Du selbst Dich geweigert hast, Soldat zu bleiben, sowie in den letzten Jahrzehnten, als Du für die Rehabilitierung derjenigen

durch Erfrieren ausgeliefert waren. Das menschliche Mitgefühl über das Schicksal der sowjetischen Gefangenen hat bei dir den Schritt bewirkt, den Kriegsdienst zu verweigern, die Truppe zu verlassen. Du hättest ja noch, als du danach festgenommen worden bist, von der Schusswaffe Gebrauch machen können, die du

che Angriffe niemals davon abbringen lassen, weiter für Eure Rehabilitierung zu kämpfen. Dass dieses Ziel schließlich vor wenigen Jahren erreicht wurde, ist vor allem Dir, Ludwig, und Deinem beharrlichen, glaubwürdigen Reden und Handeln zu verdanken. Für viele innerhalb der Friedensbewegung und der Organisationen, die dich unterstützt haben, waren Dein Mut und Deine Menschlichkeit Vorbild und Ansporn.

Wir wollen dir nun, lieber Ludwig, als kleines Zeichen unserer Anerkennung und unseres Dankes diese Brosche mit dem zerbrochenen Gewehr überreichen. Dieses Zeichen steht auch für den Be-

griff, den Sie, Herr Böhrnsen, vorhin aus der Zeitung zitiert haben: Gewaltfreiheit. Das Emblem unseres weltweiten Dach-



verbandes War Resisters' International (WRI = Internationale der KriegsdienstgegnerInnen), der 1921 gegründet wur-

de, ist das zerbrochene Gewehr – als Symbol für die Verweigerung von Kriegsdiensten und Gewaltlosigkeit. Die Brosche stammt aus dem Nachlass einer Friedensfreundin aus unserer Karlsruher DFG-VK-Gruppe. Als wir sie erhielten, lag ein Zettel dabei, dass sie aus den 20er Jahren ist, also (zumindest) dem gleichen Jahrzehnt, in dem Du geboren bist.

Lieber Ludwig, gratuliert habe ich Dir schon heute Nachmittag. Aber dieses möchte ich Dir noch sagen: Ich wünsche Dir sehr, dass Du noch viele Jahre bei guter Gesundheit verbringen kannst und dass Du uns noch lange erhalten bleibst.

Ernst Busche zum 80. Geburtstag



Als Delegierter beim DFG-VK-Bundeskongress

Am 20. Februar feierte das DFG-VK-Mitglied und Mitbegründer des Bremer Friedensforums Dr. Ernst Busche seinen 80. Geburtstag. Seine Mitstreiter aus der DFG-VK und zahlreichen außerparlamentarischen Bürgerbewegungen gratulierten sehr herzlich. Busche, der vor allem durch sein jahrzehntelanges Friedensengagement bekannt wurde, bezeichnet sich selbst als „Bürgeraktionär“.

In Chemnitz geboren studierte er Biologie, Geografie und Geschichte. 1972 zog Ernst Busche nach Bremen und arbeitete an der Universität und im Schuldienst. Als Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide kämpfte er auch überregional gegen die Stationierung von US-Truppen nördlich von Bremen. Legendär

ist die Zahl der von ihm gesammelten rund 16.000 Unterschriften unter den „Krefelder Appell“ gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren.

„Die Bremer Politikszene der letzten vier Jahrzehnte ist ohne Ernst Busche kaum denkbar“, würdigen ihn seine langjährige Weggefährten Hartmut Drewes und Ekkehard Lenz vom Bremer Friedensforum. Busche war nicht nur an der Organisation zahlreicher Demonstrationen



und als Friedensaktivist auf der Straße

nen und Kundgebungen in der Hansestadt beteiligt, sondern wirkte bei einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktio-

nen verantwortlich mit und meldete sich immer wieder zu Wort – unbestechlich und von seinem antimilitärischen Anliegen überzeugt. Zuletzt initiierte Ernst Busche die Proteste vor der Bremer Eiswette gegen die Rede von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und gegen den Neujahrsempfang der Bundeswehr im Rathaus.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon 07824-6646794, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt • **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) • **Druck:** UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • **ISSN:** 1614-1954 • **Anzeigenverwaltung:** Stefan Philipp, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon 07824-6621920, eMail Stefan.Phillipp@online.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2012 gültig. • **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich • **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14,- € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin. • **Beilagen:** „atomwaffenfrei“, „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 9. März. Die nächste Ausgabe erscheint im Mai, Redaktionsschluss ist der 16. April.

„Wolf im Schafspelz“ oder geschickter Krisenmanager?

Bemerkungen zu Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz

Von Thomas Rödl

Wenn mensch die Presse- und Medienresonanz der diesjährigen Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik betrachtet, entsteht der Eindruck, die Medienleute langweile der alljährlich gleiche Rummel im Hotel Bayerischer Hof. Die Berichterstattung war dürrt und beschränkte sich meist auf die aktuellen Themen Syrien und Iran. Weitere durchaus interessante Themen und Diskussionen wurden nicht aufgegriffen oder wahrgenommen.

Die Sicherheitskonferenz hat sich in den letzten Jahren gewandelt, schlicht weil sich die internationale Lage gewandelt hat. Die Interventionskriege unter dem Titel „gegen den Terror“ haben die USA und die Nato politisch und ökonomisch geschwächt. Die Kriege waren ein Misserfolg, nicht nur gemessen an den verkündeten Kriegszielen. Deutschland positioniert sich neu und selbstbewusst zwischen USA, Nato, Russland und China.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist die Plattform zur Diskussion deutscher sicherheitspolitischer Auffassungen, so Konferenzleiter Wolfgang Ischinger. Die „private“ Konferenz – obwohl aus Steuermitteln finanziert – bietet ein Diskussi-

onsforum jenseits von protokollarischen Zwängen oder der Notwendigkeit, diplomatische Erklärungen zu formulieren. Schon mit der Auswahl von Themen und der Einladung bzw. Nicht-Einladung von PolitikerInnen setzt der Veranstalter Akzente und Signale. Diese Themensetzungen und Einladungen erfolgen in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt in Berlin.

Seit einigen Jahren gibt es hierzulande eine kleine Gruppierung namens „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“, die mit viel Geduld und Hartnäckigkeit erreicht hat, dass Konferenzleiter Ischinger sich mit einem kleinen Kreis von Friedensleuten mehrmals unterhalten hat. Natürlich haben wir bei diesen Gesprächen erzählt, warum wir uns für Frieden engagieren und was wir an Sicherheitskonferenz und -politik auszusetzen haben. Ischinger seinerseits erzählte, wie die Konferenzen entstehen, in welchen Abhängigkeiten und Zusammenhängen er agiert, welche Themen und Ziele ihm wichtig sind.

Dabei wurde mir klar: Das Eine sind die Themen und Fragen, die er als Konferenzveranstalter aufwirft, das Zeite ist, was die prominenten Politiker und Dip-

lomaten daraus machen, und nochmal etwas Anderes ist es, welche Beiträge und Statements die Medien aufgreifen.

Ischinger wird von Menschen im Münchner Bündnis, die alljährlich die Demo gegen die Sicherheitskonferenz organisieren, gerne als „Wolf im Schafspelz“, als „Kriegstrommler“ bezeichnet. Er hat einen verfrühten Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan kritisiert und die Nato-Intervention in Libyen unterstützt. (nachzulesen in dem aktuellen Flugblatt „Der Wolf im Schafspelz“ <http://sicherheitskonferenz.de/de/SiKo-Zeitung-2012-Wolf-im-Schafspelz>).

Aufgrund der Gespräche mit Ischinger konnten einige Leute aus dem Team der Münchner Friedenskonferenz bei der Pressekonferenz im Januar (2012) dabei sein, bei der das Programm der diesjährigen Sicherheitskonferenz vorgestellt wurde. Dabei sagte er unter anderem, er sei gegen eine europäische Militärmacht, mehr Geld für Militär sei in der aktuellen Lage nicht vorhanden. In Bezug auf die strategische Neuorientierung der USA gegen China meinte er, es sei ein großer Fehler, das Verhältnis zu China nur militärisch zu betrachten. Er wiederholte auch bei dieser Gelegenheit, dass er die Initiative „Global Zero“, also die Abschaffung der Atomwaffen, und den Abzug der Atombomben aus Deutschland befürworte. Er verwies auf die „Euro-Atlantische Sicherheitsinitiative“, die ein Modell der tatsächlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Russland anstrebe (er ist im dreiköpfigen deutsch-russisch-amerikanischen Vorstand). In diesem Rahmen sind praktische Vorschläge zur Entschärfung des Streits über das Raketenabwehrsystem und zur Erhöhung der Vorwarnzeiten bezüglich der strategischen Atomwaffen erarbeitet worden. Nichts von dem, überhaupt nichts, in der Berichterstattung der lokalen Printmedien! Sie haben nämlich überhaupt nicht über diese Pressekonferenz berichtet.

Bei früheren Gelegenheiten kritisierte Ischinger die „unilateralistische Politik der Bush-Administration“ und die Ost-Expansion der Nato. Bei einer öffentlichen Rückschau auf die diesjährige Konferenz warnte Ischinger vor einem Krieg gegen den Iran und meinte, man könne viel ent-



Wolfgang Ischinger bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz

spannter auf künftige iranische Atomwaffen blicken, denn das Arsenal, um einen hypothetischen iranischen Atomangriff abzuschrecken (sprich: vernichtende Vergeltung anzudrohen), sei sowohl regional als auch global längst vorhanden. Der Iran erhalte durch Atomwaffen keine realen militärischen Optionen, es gehe um Prestige und Sicherheitsbedürfnis.

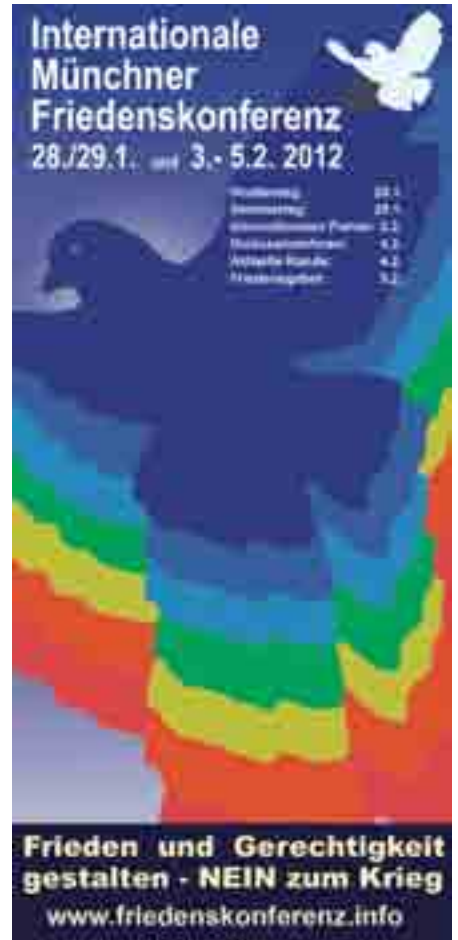
Solche Äußerungen passen nicht ins Bild der Medien, aber auch nicht ins Weltbild der Konferenzgegner, die glauben, ein Feindbild „Nato“ und einen „Kriegstreiber“ zu brauchen, den sie persönlich attackieren können. Selbstverständlich behaupte ich hier nicht, eine umfassende und differenzierte Analyse der Sicherheitskonferenz bzw. der deutschen sicherheitspolitischen Strömungen und Interessen liefern zu können. Natürlich muss ich damit leben, dass Ischinger als Diplomat je nach Situation mal den Einen und mal den Anderen gefallen will. Oben aufgeführte Statements sind meine zugegeben subjektiven Wahrnehmungen, aber sie fielen nicht gegenüber Friedensleuten, sondern gegenüber den allgemeinen Medien, er musste damit rechnen – oder wollte es vermutlich auch –, dass diese Thesen auch aufgegriffen würden.

Wolf im Schafspelz oder geschickter Krisenmanager? Der Widerspruch lässt sich wohl dahingehend auflösen, dass verschiedene Strömungen in der deutschen Politik, auch in der Elite und im Apparat, deutsche Interessen unterschiedlich definieren und den Einsatz von Militär in einen Fall für nützlich halten, im anderen Fall aber nicht. In einem


Fall US-Politik unterstützen, im anderen Fall aber nicht. In dieser Denkweise passt es gut zusammen, an der militärischen Stärke festzuhalten, aber einen Krieg gegen den Iran abzulehnen. Welches Interesse hat Deutschland an einem Regimewechsel im Iran und daran, dass die USA die unangefochtene Vorherrschaft am persischen Golf erkämpfen? Welches Interesse hat Deutschland an einem kalten Krieg gegen China? Oder an den US-amerikanischen Atombomben in Deutschland?

Fazit: Die Lage ist komplex – Abgründe, Untiefen, Klippen, Strömungen, Strudel, Gezeitenbewegungen und häufige teils künstliche Nebelbildung erschweren die Wahrnehmung der realen Konturen der Politik –, das gilt auch für die Friedensbewegung. Ich bin der Meinung, die Friedensbewegung sollte anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz für Frieden und Abrüstung demonstrieren, und den PolitikerInnen und den Medien vermitteln, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Die Kriegsverbrecher, Kriegstreiber und Kriegsprofiteure, die selbstverständlich auf der Konferenz vertreten sind, sollten wir beim Namen nennen und ihnen ganz gewaltfrei unsere Ablehnung deutlich machen. Alle, die zur Konferenz kommen und tatsächlich verhandeln und ihre Interessen im Rahmen des Völkerrechts vertreten wollen, sind willkommen.

Schwarz-weiß-Malerei, Aufbau von Feindbildern und Personalisierung hilft uns nicht weiter und passt auch nicht zu meinem Verständnis von Friedensarbeit. Darüberhinaus erschwert es die differen-



zierte Wahrnehmung der Politik und der Chancen, die sich aus dem notorischen Scheitern der Interventionspolitik ergeben.

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern und einer der Organisatoren der seit 2003 in München stattfindenden Friedenskonferenz. 

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

eMail @

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
 Nummer 8304600
 Bank für Sozialwirtschaft Köln
 BLZ 37020500



**AKTION
AUFSCHEI**

**Stoppt den
Waffenhandel!**

**Bomben über dem Reichstag
Kunstaktion gegen Waffenhandel
am 26. Februar**



Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de



Weitere Informationen über die DFG-VK im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen
und im Fensterumschlag
schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

**Friedlich denken allein
ändert nichts.**

Werde Mitglied!



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

DFG-VK